

Gemeinde <input type="text"/>	Aktenzeichen der Gemeinde <input type="text"/>	Eingangsstempel der Gemeinde <input type="text"/>
Bauaufsichtsbehörde <input type="text"/>	Aktenzeichen der Bauaufsichtsbehörde <input type="text"/>	Eingangsstempel der Bauaufsichtsbehörde <input type="text"/>

Stellungnahme der Gemeinde nach § 36 Baugesetzbuch (BauGB).

- zum Bauantrag nach §§ 63 und 64 LBauO M-V
- zum Antrag auf Vorbescheid nach § 75 LBauO M-V
- zum Antrag auf Abweichung nach § 67 LBauO M-V

1. Antragsteller/Bauherr

Antragsteller <input type="text"/>	Straße, Hausnummer <input type="text"/>	Gemeinde, Ortsteil <input type="text"/>
Baugrundstück in Gemarkung <input type="text"/>	Flur <input type="text"/>	Flurstücksnummer <input type="text"/>
Genauere Bezeichnung des Vorhabens <input type="text"/>		Eingang untere Bauaufsichtsbehörde <input type="text"/>

2. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 30 BauGB

Qualifizierter Bebauungsplans (§ 30 Abs. 1 BauGB)

Nr./ Bezeichnung <input type="text"/>	Gebietsart nach BauNVO <input type="text"/>
	In Kraft getreten am <input type="text"/>

Vorhabenbezogener Bebauungsplans (§ 12, § 30 Abs. 2 BauGB)

Nr./ Bezeichnung <input type="text"/>	Gebietsart nach BauNVO <input type="text"/>
	In Kraft getreten am <input type="text"/>

Einfacher Bebauungsplans (§ 30 Abs. 3 BauGB)

Nr./ Bezeichnung <input type="text"/>	Gebietsart nach BauNVO <input type="text"/>
	In Kraft getreten am <input type="text"/>

Die Zulässigkeit richtet sich im Übrigen nach § 34 BauGB § 35 BauGB (Die Nr. 3 und 4 sind entsprechend auszufüllen.)

ja nein Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans.
 ja nein Im Bebauungsplanverfahren wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.
 ja nein Wurde ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erarbeitet?

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen.

Reicht der auf dem Vordruck vorgesehene Raum für die erforderlichen Angaben nicht aus, verwenden Sie bitte ein gesondertes Blatt und legen Sie dieses dem Antrag bei.

3. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 31 BauGB

Bezeichnung der Ausnahme/Befreiung:

Das Einvernehmen wird erteilt

- ja nein zur Ausnahme nach § 31 Abs. 1 BauGB.
 ja nein zur Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB.

4. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 33 BauGB

- § 33 Abs. 1 und 2 BauGB § 33 Abs. 3 BauGB

Bezeichnung des Bebauungsplans:

- ja nein Das Vorhaben steht den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplans nicht entgegen.
 ja nein Der Antragsteller hat die künftigen Festsetzungen des Bebauungsplans für sich und seine Rechtsnachfolger anerkannt. Eine Erklärung nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 BauGB liegt bei.
 ja nein Die Beteiligung nach § 33 Abs. 3 BauGB wurde durchgeführt.

5. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 34 BauGB

Das Vorhaben liegt innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils

Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht folgendem Baugebiet nach der BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB)

- ja nein Das Bauvorhaben fügt sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung ein (§ 34 Abs. 1 BauGB)
 ja nein Das Bauvorhaben hält die gebotene Rücksichtnahme auf die Umgebung ein (§ 34 Abs. 1 BauGB)

Es liegt eine Satzung vor nach:

- § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB

6. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 35 BauGB

Das Vorhaben liegt im

Außenbereich (§ 35 BauGB).

Geltungsbereich eines wirksamen Flächennutzungsplanes.

Das Vorhaben ist privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. BauGB. Öffentliche Belange stehen entgegen.

Das Vorhaben fällt unter
 § 35 Abs. 2 BauGB

ja nein Öffentliche Belange werden beeinträchtigt.

§ 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. BauGB

ja nein Öffentliche Belange, ausgenommen die in § 35 Abs. 4 Satz 1 BauGB genannten, werden beeinträchtigt.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung nach
 § 35 Abs. 6 BauGB.

ja nein Öffentliche Belange, ausgenommen die in § 35 Abs. 6 Satz 1 BauGB genannten, werden beeinträchtigt.

Welche öffentliche Belange sind beeinträchtigt?

7. Veränderungssperre, Zurückstellung nach § 14, 15 BauGB

Für das Gebiet wurde eine Veränderungssperre beschlossen: Ja, in Kraft getreten am: nein

Bezeichnung/Nr. der Veränderungssperre:

ja nein Zur Ausnahme von der Veränderungssperre wird das Einvernehmen erteilt. (Gründe siehe Beiblatt)

ja nein Eine Zurückstellung nach § 15 BauGB wird beantragt bis zum:

8. Örtliche Bauvorschriften (§ 86 LBauO M-V)

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgender Bauvorschriften nach §

Bezeichnung:

in Kraft getreten am:

Bezeichnung der beantragten Abweichung/en:

ja nein Die Zustimmung wird erteilt: (Gründe siehe Beiblatt)

9. Lage der baulichen Anlage im Gelände

ebenes Gelände Hanglage die Geländeoberfläche soll festgesetzt werden

10. Zufahrt

ja nein Das Grundstück liegt in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche.

Die öffentliche Verkehrsfläche ist befahrbar bis: t. Die öffentliche Verkehrsfläche ist nutzbar ab:

ja nein Das Grundstück ist über eine Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche erschlossen.

ja nein Die Zufahrt ist rechtlich gesichert durch:

11. Trinkwasserversorgung

Die Trinkwasserversorgung ist gesichert durch:

Die Trinkwasserversorgung ist gesichert ab:

Die Trinkwasserversorgung ist nicht gesichert.

12. Abwasserbeseitigung

Die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung ist gesichert durch:

Die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung ist gesichert ab:

Die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung ist nicht gesichert.

13. Löschwasserversorgung

Die ausreichende Löschwasserversorgung ist, unter Beachtung des DVGW Arbeitsblatt W 405 „Bereitstellung von Löschwasser durch öffentliche Trinkwasserversorgung“, gesichert.

ja nein Löschwasser ist gesichert.

Wenn „nein“ Begründung warum die Löschwasserversorgung nicht gesichert ist:

14. Schutzgebiete

Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück liegt im

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Naturschutz-/Landschaftsschutzgebiet | <input type="checkbox"/> Wasserschutzgebiet |
| <input type="checkbox"/> Überschwemmungsgebiet | <input type="checkbox"/> Denkmalschutzverordnung |
| <input type="checkbox"/> sonstiges Schutzgebiet | <input type="text"/> |

15. Verfahren

Folgende Bauantragsunterlagen weisen Mängel auf: (ggf. auf Beiblatt)

16. Sonstige Angaben

- Das Vorhaben liegt in einem Umlegungsgebiet nach § 52 BauGB.
 Das Vorhaben liegt in einem Sanierungsgebiet nach § 142 BauGB.
 Das Vorhaben liegt in einem Gebiet einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach § 165 BauGB.
 Das Vorhaben liegt in einem Erhaltungsgebiet nach § 172 BauGB.
 Das Vorhaben liegt im Bereich des Flurbereinigungsverfahrens.
 Sonstige
 ja nein Die Zustimmung wird erteilt: (Gründe siehe Beiblatt)

Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück liegt in der Nähe (bitte jeweils Entfernung in Metern angeben)

- | | | | | | |
|--|----------------------|---|--|----------------------|---|
| <input type="checkbox"/> einer Bundesautobahn | <input type="text"/> | m | <input type="checkbox"/> einer Bundesstraße | <input type="text"/> | m |
| <input type="checkbox"/> einer Landesstraße | <input type="text"/> | m | <input type="checkbox"/> einer Kreisstraße | <input type="text"/> | m |
| <input type="checkbox"/> einer Gemeindestraße | <input type="text"/> | m | <input type="checkbox"/> eines öffentlichen Gewässers | <input type="text"/> | m |
| <input type="checkbox"/> eines Waldes | <input type="text"/> | m | <input type="checkbox"/> einer <input type="text"/> kv-Starkstromleitung | <input type="text"/> | m |
| <input type="checkbox"/> eines Flughafens | <input type="text"/> | m | <input type="checkbox"/> einer Flugsicherungsanlage | <input type="text"/> | m |
| <input type="checkbox"/> eines militärischen Schutzbereiches | <input type="text"/> | m | <input type="checkbox"/> eines Schifffahrtszeichens | <input type="text"/> | m |
| <input type="checkbox"/> einer Eisenbahnanlage | <input type="text"/> | m | <input type="checkbox"/> Sonstiges: <input type="text"/> | <input type="text"/> | m |

17. Schlussfeststellung

Das Bauvorhaben wurde behandelt

- mit Beschluss vom: als Angelegenheit der laufenden Verwaltung.

Einvernehmen nach § 36 BauGB:

- Das Einvernehmen der Gemeinde wird erteilt.
 Das Einvernehmen der Gemeinde wird nicht erteilt.
 Versagungsgründe sind auf einem gesonderten Blatt beigefügt.

Versagungsgründe:

Ort, Datum

Unterschrift/Stempel:
